

Antragsmappe zur Landesmitgliederversammlung am 14.09.2018

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung
3. Gastbeitrag zur Europawahl von Rasmus Andresen
4. Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa
5. Nominierung der Kandidat*innen zur Listenaufstellung zur Europawahl 2019
6. Verabschiedung des Landesvorstandsstandssprechers
7. Nachwahl einer Landesvorstandssprecherin/eines Landesvorstandssprechers
8. Fairnesskodex zum Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2019
9. Wahl der beratenden Runde zur Listenaufstellung zur Bürgerschaftswahl 2019
10. Verschiedenes

A1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung Landesmitgliederversammlung (GO-LMV) von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Bremen

Antragsteller*in: Philipp Bruck

Tagesordnungspunkt: 2. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

1 Ersetze

2 § 2 (2) Die Versammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden
3 Mitglieder die Tagesordnung ändern.

4 durch

5 § 2 (2) Die Versammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen,
6 gültigen Stimmen die Tagesordnung ändern, wobei Enthaltungen bei der
7 Feststellung der Mehrheit mitgezählt werden.

8 Ersetze

9 § 6 (2) Geschäftsordnungsanträge bedürfen zu ihrer Annahme in der Regel der
10 einfachen Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten.

11 durch

12 § 6 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, bedürfen Geschäftsordnungsanträge zu
13 ihrer Annahme der einfachen Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei
14 Enthaltungen bei der Feststellung der Mehrheit nicht mitgezählt werden.

15 Ersetze

16 § 9 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, entscheidet die LMV mit einfacher
17 Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen
18 gelten, ungültige Stimmen werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht
19 einbezogen.

20 durch

21 § 9 (2) Soweit nicht anders vorgesehen, entscheidet die LMV mit einfacher
22 Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei Enthaltungen bei der
23 Feststellung der Mehrheit nicht mitgezählt werden.

24 Ersetze

25 § 9 (8) Soll über einen Tagesordnungspunkt erneut eine Aussprache und
26 Beschlussfassung erfolgen, so ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie
27 Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln, aber benötigt zur Annahme eine 2/3-
28 Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

29 durch

30 § 9 (8) Soll über einen Tagesordnungspunkt erneut eine Aussprache und
31 Beschlussfassung erfolgen, so ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie
32 Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln, aber benötigt zur Annahme eine
33 Zweidrittelmehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, wobei Enthaltungen bei
34 der Feststellung der Mehrheit mitgezählt werden.

Begründung

1. Die bisherige Regelung des § 9 (2) ist uneindeutig oder sogar in sich widersprüchlich. Die Aussage, dass Enthaltungen zu den abgegebenen Stimmen zählen, ist zunächst trivial. Der Zusatz, dass ungültige Stimmen nicht gezählt werden, impliziert dann aber, dass die zuvor genannten Enthaltungen mitgezählt werden. Das widerspricht dem Begriff „einfache Mehrheit“
2. Die bisherigen Regelungen § 2 (2), § 6 (2) und § 9 (8) beziehen sich auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder, der § 9 (2) dagegen auf die Anzahl der abgegebenen Stimmen. Dies ist nicht nur uneinheitlich – die Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten ist zudem eine unglückliche Basis für die Definition einer Mehrheit, denn sie wird von uns während einer LMV gar nicht erfasst. Wir führen keine Türkontrollen durch und wissen auch nicht, wer sich gerade im Nebenraum befindet. Praktikabler und verständlicher ist es deshalb, die abgegebenen Stimmen zu zählen.

Unterstützer*innen

Dorothea Staiger; David Höffer; David Lukaßen; Wilko Zicht; Dietmar Strehl; Jan Fries; Alexandra Werwath; Ralph Saxe

A2 Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

Antragsteller*in: LAG Europa, Landesvorstand, Henrike Müller

Beschlussdatum: 30.08.2018

Tagesordnungspunkt: 4. Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

1 Die Europäische Integration bietet Menschen im Westen seit über 70 Jahren und im
2 Osten seit fast 30 Jahren echten Frieden und Freiheit! Wir Grüne wissen diese
3 herausragende Leistung der Europäischen Union zu schätzen! Wir haben nicht
4 vergessen, dass der Startpunkt des europäischen Einigungsprozesses auf dem
5 Schlachtfeld zweier Weltkriege und der Millionen Toten des Holocaust liegt. Wir
6 haben nicht vergessen, dass die Ost-Erweiterung des Einigungsprozesses in den
7 schmerzhaften Erfahrungen mit den kommunistischen Diktaturen motiviert liegt.
8 Wir haben die Euphorie darüber nicht vergessen, dass die europäischen
9 Nationalstaaten gelernt haben Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen! Wir sind
10 deshalb der festen Überzeugung, dass die europäischen Institutionen der einzig
11 richtige Ort sind, um Konflikte zu lösen, auch und insbesondere wenn es
12 schwierig und das gegenseitige Verständnis nur schwer aufzubringen ist.

13 Wir sind überzeugt, dass wir Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent nur
14 gemeinsam in europäischer Zusammenhalt erhalten können. Wir sind überzeugt, es
15 ist Zeit Freiheit und Demokratie zu schützen und zu stärken. Die Europäische
16 Union ist für uns Grüne ein von fundamentalen Werten geprägtes Einigungsprojekt.
17 Die EU steht *für* Menschenrechte, *für* Gleichberechtigung, *für* Solidarität, *für*
18 Rechtsstaatlichkeit und *für* Demokratie. Wir wollen dieses von freiheitlichen
19 Werten geprägte Europa zusammenhalten!

Wir stehen zu unseren Werten und unserer Verantwortung

21 Mit großer Sorge sehen wir das kontinuierliche Erstarken rechtsnationaler,
22 rechtsextreme und autoritärer Kräfte, die die Europäische Union als politisches
23 Projekt und europäische Werte als Grundlage von liberalen Demokratien offen
24 bekämpfen. Wir lehnen ebenfalls die Politik der nationalkonservativen
25 Regierungen ab, denn sie geprägt von der Diskriminierung ethnischer
26 Minderheiten, Einschränkungen der Pressefreiheit, von Frauenrechten und durch
27 die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien. Wir halten in diesen Fällen die
28 Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens für richtig und geboten. Angesichts der
29 Zunahme von nationalen Politiken, die den EU-Grundrechten widersprechen, fordern
30 wir wirksamere Konsequenzen bei Demokratieabbau in den Mitgliedsstaaten. Wenn
31 die Gewaltenteilung aufgehoben, Pressefreiheit und -pluralität beschränkt oder
32 Minderheiten systematisch diskriminiert werden, dann sollten europäische Gelder
33 in Zukunft nicht mehr an die nationalen Regierungen, sondern direkt an die
34 Kommunen und Regionen vergeben werden, die sich weiterhin für europäische
35 Rechtsstaatsprinzipien einsetzen.

36 International stehen wir vor dramatischen Herausforderungen. Kriege und
37 Konflikte haben sich in der Nachbarschaft der Europäischen Union verschärft. Die
38 Politik der neuen Autokraten von Trump, über Erdogan bis Putin stellt die EU vor
39 neue Aufgaben, die gemeinsames Handeln dringend erforderlich machen. Wir wollen,
40 dass die EU mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und
41 kooperativen Weltordnung übernimmt. Nur wenn wir enger und koordinierter
42 zusammenarbeiten, auch in Fragen der Verteidigung, können wir unseren Teil dazu
43 beitragen die Welt ein Stück sicherer zu machen. Wir Grüne stehen für die

44 Stärkung des internationalen Rechts, der multilaterale Politik und für eine
45 wertegelitete Außen- und Sicherheitspolitik, die fest in den Vereinten Nationen
46 und der Europäischen Union verankert und in die NATO eingebettet ist.

47 Auch in der nahen Nachbarschaft muss die EU ihrer Verantwortung gerecht werden.
48 Die europäischen Grundrechte müssen sich in der Außenpolitik widerspiegeln. Wir
49 schlagen deshalb vor, dass die EU ihre Fähigkeiten in der gemeinsamen
50 Außenpolitik ausbaut und die Beteiligung des Europäischen Parlaments ausgebaut
51 wird. Außerdem fordern wir eine faire Entwicklungs- und Handelspolitik mit den
52 Ländern des globalen Südens. Dazu müssen die Freihandelsabkommen mit sogenannten
53 Entwicklungsländern (EPAs) evaluiert und wenn nötig neu verhandelt werden. Die
54 positiven Ergebnisse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit dürfen nicht von
55 den EPAs konterkariert werden.

56 Die ursprünglich ambitionierte Mittelmeerpolitik der Europäischen Union
57 erschöpft sich inzwischen in Grenzschutzmanagement und in bilateralen Abkommen
58 zur Verhinderung von Migration. Die geplante Verlagerung von Asylverfahren in
59 Drittstaaten, Auffanglager in Libyen und die Ausweitung der europäischen Liste
60 der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Wir fordern eine Rückkehr zu
61 nachhaltiger Nachbarschaftspolitik, die nicht die Abwehr von Flüchtlingen über
62 die Menschenrechte stellt. Wir betonen: das Recht auf Asyl ist ein
63 Menschenrecht! Wir treten für eine europäisch koordinierte Seenotrettung von
64 Geflüchteten ein und lehnen die Kriminalisierung der privaten
65 Hilfsorganisationen ab. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben!
66 Ultimatives Ziel gemeinsamer EU-Außenpolitik muss die Bekämpfung von
67 Fluchtursachen in den Herkunftsländern sein. Wir brauchen dringend kontrollierte
68 und sichere Wege für Flucht und koordinierte Einwanderung in die EU. Wir fordern
69 weiterhin eine solidarische Verteilung von Geflüchteten unter den
70 Mitgliedsstaaten der EU.

71 **Wir setzen weiter auf Solidarität und kämpfen gegen nationalen Protektionismus**

72 Frieden, Freiheit und Wohlstand - das sind die Gründungsversprechen der
73 europäischen Einigung. Um wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa
74 auszugleichen, sind – vor allem nach den sozialen Spannungen in Folge der
75 Finanzkrise – noch viele Anstrengungen nötig. Einen Wettlauf nach unten, um sich
76 vermeintliche Wettbewerbsvorteile zu sichern, sei es bei den Steuern, bei den
77 Löhnen oder beim Umweltschutz, lehnen wir ab. Auch hier sind wir überzeugt, es
78 geht nur gemeinsam! Wir wollen daher europäische Investitionen anschieben, die
79 soziale Säule der EU stärken und einen europäischen Rahmen für existenzsichernde
80 Mindestlöhne in den Mitgliedsstaaten schaffen. Die Vorschläge für eine
81 europäische Arbeitslosenversicherung halten wir für geeignet, um die soziale
82 Absicherung der Menschen in Europa zu fördern. Wir wollen mehr europäische
83 Unterstützung für die Ausbildung und den Übergang ins Berufsleben gegen die hohe
84 Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern der EU.

85 Zu einem funktionierenden Binnenmarkt gehört beim heutigen Integrationstand eine
86 demokratische und solidarische Eurozone. Wir wollen den Euro endlich krisenfest
87 aufstellen. Das heißt, die Bankenunion mit einem System der Einlagensicherung zu
88 vollenden, eine Abfederung von asymmetrischen wirtschaftlichen Schocks zu
89 ermöglichen, eine Demokratisierung des Europäischen Rettungsmechanismus durch
90 eine Überführung in einen europäischen Währungsfonds unter parlamentarischer
91 Kontrolle des EP.

92 Wir sind überzeugt, nationaler Protektionismus lässt sich am besten mit
93 grenzüberschreitendem Austausch bekämpfen. Ein bewährter Weg war und ist dabei
94 der transnationale Austausch über Jugend- und Bildungsprogramme. Insbesondere
95 Hochschulen können wichtige Europäisierungsprozesse vorantreiben. Das haben die
96 bisherigen Erfolge des EU-Mobilitätsprogramms Erasmus+ und die europäischen
97 Hochschul- und Forschungsk Kooperationen überzeugend gezeigt. Wir wollen allen
98 jungen Menschen die Möglichkeit bieten Europa kennen- und lieben zu lernen. Wir
99 begrüßen daher die Vorschläge der Kommission zur Aufstockung und Ausweitung des
100 Erasmus-Programms, unterstützen den Europäischen Solidaritätsdienst, die
101 europäischen Freiwilligendienste und die Etablierung von „Europäischen
102 Universitäten“ als zentrale Elemente für die Fortentwicklung des europäischen
103 Einigungsprozesses. Insbesondere die „Europäischen Universitäten“ könnten die
104 notwendige Struktur bereitstellen, um die großen europäischen Herausforderungen,
105 wie Lösungen zur Energieversorgung, Fragen zum Umweltschutz und der Erreichung
106 der Klimaziele, besser zu bewältigen.

107 **Europa begrünen mit Innovation und Kreativität**

108 Klimaschutz ist die zentrale und gemeinsame Aufgabe aller in der Europäischen
109 Union! Die EU muss ihre Vorreiterrolle im weltweiten Klimaschutz einnehmen.
110 Möglichkeiten einer ambitionierten EU-Klimapolitik gibt es genug: Ausstieg aus
111 der Kohle, Ausweitung des Emissionshandels und Verteuerung der Zertifikate,
112 Festlegung strengerer Abgasnormen, Förderung erneuerbarer Energien und
113 Nutzungsmöglichkeiten von Fernwärme, Regelungen zur Vermeidung von Plastik,
114 Bedingungen für eine gelingende Kreislaufwirtschaft, Ausbau des Schienenverkehrs
115 und die Wiedereinführung von europäischen Nachtzügen von Amsterdam über Danzig
116 nach Ljubljana, statt der Subventionierung von Billigflügen!

117 Als Küstenregion liegt der Klimaschutz in unserem ureigenen Interesse. Wir
118 schaffen daher regionale Kooperationen mit anderen Nordseeregionen zur
119 Müllbekämpfung, zum Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windpark) und dem
120 Ausbau nachhaltiger, grüner Häfen. Die Umsetzung der Pariser Klimaschutzziele
121 ist uns besonders wichtig. Bremerhaven soll noch vor Bremen CO₂-neutrale Stadt
122 werden. Bremen ist seit 1992 aktives Mitglied von „Klima- Bündnis/Climate
123 Alliance e.V.“, der zentralen Stimme von 1.700 Kommunen in Europa, die
124 Entwicklung und Umsetzung alternativer Klimaschutz- und Anpassungs-Strategien
125 auf lokaler/regionaler, europäischer und internationaler Ebene fördern. Den
126 Erfahrungsaustausch wollen wir intensiver nutzen, um den Klimaschutz in Bremen
127 und Bremerhaven noch stärker als bisher voranzubringen.

128 Um unseren Kontinent in eine gesündere Zukunft zu schicken, brauchen wir
129 Innovationen und ambitionierte Forschung für grüne Energie, grüne Mobilität und
130 grünes Wirtschaften. Wir wollen daher, dass das Nachfolgeprogramm des EU-
131 Forschungsprogramm Horizon 2020 die europäische Energiewende als Schwerpunkt in
132 die Förderlinien aufnimmt.

133 **Gute Politik braucht ausreichende Finanzen**

134 Um die vielen anstehenden Aufgaben zu bewältigen muss der EU-Haushalt besser
135 ausgestattet werden. Um die Einnahmen zu steigern, wollen wir, dass die EU neben
136 der Finanztransaktionssteuer weitere Möglichkeiten erhält, eigene Steuern und
137 Abgaben zu erheben: zum Beispiel eine Plastiksteuer, eine CO₂-Steuer oder die
138 Besteuerung von globalen Digitalunternehmen.

139 Unser Bundesland, insbesondere Bremerhaven, profitiert in hohem Maße von der
140 Europäischen Förderpolitik, gerade in den Bereichen der Beschäftigungs- und
141 Forschungsförderung. Die europäische Förderung hat u.a. das Ziel, den sozialen
142 Zusammenhalt in Europa zu sichern. Dies befördert gerade im Bremer Westen, im
143 Bremer Norden und Bremerhaven wichtige beschäftigungspolitische Initiativen. Wir
144 erwarten, dass auch weiterhin alle Regionen der EU von diesen Fördermitteln
145 profitieren. Dabei wollen wir die für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung
146 stehenden Mittel zukünftig zielgerichteter einsetzen sowie effektiver und
147 transparenter verwalten.

148 Der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte den Blick auf die aktuellen
149 Herausforderungen richten und die Weichen für die Zukunft unter Einhaltung der
150 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen stellen: mit
151 sauberen Energieträgern, für verantwortungsvollen Konsum und nachhaltige
152 Produktion, für gute Arbeitsbedingungen, nachhaltiges Wachstum und für den
153 Klimaschutz.

154 **Wir bewegen Europa in Bremen**

155 Grenzüberschreitende Kooperationen und Beziehungspflege gehören zum
156 Selbstverständnis unserer Städte Bremen und Bremerhaven. Das zeigen nicht nur
157 die weit verzweigten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, sondern auch die
158 Vielzahl von intensiv gepflegten Städtepartnerschaften. Diese wichtigen
159 Beziehungen, viele geknüpft noch in „kalten“ Zeiten, wollen wir weiter intensiv
160 pflegen und ausbauen. Wir unterstützen dabei insbesondere zivilgesellschaftliche
161 Initiativen wie z.B. die Queer Cities Initiative des CSD Bremen mit dem Verein
162 Tolerado in Gdansk. Wir sind überzeugt diese Initiativen lassen Europa leben und
163 lieben! Wir wissen, wir werden die Idee der europäischen Einigung nur
164 erfolgreich fortführen können, wenn sich möglichst viele Menschen für sie
165 einsetzen.

166 Deshalb fördern wir die vielen europaspezifischen Vereine, Verbände und
167 Organisationen in Bremen und Bremerhaven, die Europa erfahrbar machen und die
168 mitunter schwierigen EU-Entscheidungsfindungen unermüdlich erklären und
169 verständlich machen. Um es den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, mehr
170 darüber zu erfahren, wer an politischen Entscheidungen wie mitwirkt, müssen
171 europäische Entscheidungsfindungen transparenter gestaltet werden. Wir
172 unterstützen daher die Forderung der europäischen Ombudsfrau das
173 Abstimmungsverhalten im Ministerrat zu veröffentlichen. Nur so wird klar, wenn
174 Regierungsmitglieder im eigenen Land das eine behaupten und das andere in
175 Brüssel abstimmen.

176 **Wir wollen starke Grüne in einem solidarischen Europa!**

177 Im nächsten Jahr kommt es auf uns Grüne an! Im Frühjahr 2019 stehen die Wahlen
178 zum Europäischen Parlament an. Wir wollen andere Mehrheitsverhältnisse im
179 Europaparlament. Wir wollen weniger Rechtspopulisten und Rechtsextreme im
180 Europäischen Parlament.

181 Wir wollen starke Grüne im Europäischen Parlament als starke Stimme *für*
182 Menschenrechte, *für* Gleichberechtigung, *für* Solidarität, *für* Rechtsstaatlichkeit
183 und *für* Demokratie.

184 **Dafür werden wir Grüne jetzt gemeinsam auf allen Ebenen kämpfen.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä1 Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

Antragsteller*in: Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 113 einfügen:

Nutzungsmöglichkeiten von Fernwärme, [Umbau der Landwirtschaft und Förderung pflanzlicher Ernährung](#),

Begründung

Der Konsum von Tierprodukten trägt global stärker zum Klimawandel bei als der gesamte Transportsektor. Eine Decarbonisierung à la Energiewende ist in der Tierhaltung jedoch nicht so einfach möglich. Die Förderung pflanzlicher Ernährung gehört deshalb zu den elementaren Maßnahmen für wirksamen Klimaschutz. Agrarpolitik ist im Übrigen eines der wesentlichen Tätigkeitsfelder der EU und sollte deshalb im Antrag nicht komplett fehlen.

Unterstützer*innen

Insa Warme-Cangalovic; Lina Thee; David Höffer; Fabi Taute

Ä2 Mit starken Grünen für ein solidarisch, gerechtes und nachhaltiges Europa

Antragsteller*in: Grüne Jugend Bremen

Beschlussdatum: 03.09.2018

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 152 bis 153:

Produktion, für gute Arbeitsbedingungen, nachhaltiges ~~Wachstum~~Wirtschaften und ~~für den Klimaschutz~~eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum.

Begründung

Wirtschaftliches Wachstum hat immer die Erhöhung der Treibhausgas-Emissionen und des Ressourcenverbrauchs pro Kopf zur Folge. In Europa sind diese schon jetzt zu hoch für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und Klima, daher ist weiteres Wirtschaftswachstum nicht wünschenswert. Der Begriff "nachhaltiges Wachstum" ist daher irreführend.

B4 Dr. Henrike Müller

Tagesordnungspunkt: 5. Nominierung der Kandidat*innen zur
Listenaufstellung zur Europawahl 2019

PDF

Bewerbung um das Votum

für die Listenaufstellung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur
Wahl zum Europäischen Parlament 2019



*„Ein bisschen Freiheit gibt es nicht.
Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus sind nicht
verhandelbar. Ich stehe unerschütterlich zur EU-
Grundrechtecharta: sie gilt für jede/n Einzelne/n und für
alle Mitgliedstaaten!“*

Liebe Grüne in Bremen und Bremerhaven!

Viele von Euch kennen mich und mein Engagement für europäische Politik seit vielen Jahren. Aus der Europaforschung kommend, habe ich auch in meinem politischen Engagement - in der Beiratsarbeit in Mitte, als Landesvorsitzende und aktuell als Bürgerschaftsabgeordnete - mein Hauptaugenmerk darauf gelegt für die hohe Bedeutung europäischer Politik vor Ort zu werben. Denn insbesondere für Bremen und Bremerhaven ist die intensive Einbindung in Europäische Politik die zentrale Zukunftsperspektive. Ob hohe umweltpolitische Standards, Meeres- und Gewässerschutz, Gleichstellungs- und Integrationsförderung, Strukturförderungen oder Wissenschaftsförderung: *Mit der Europäischen Union gestalten wir die Zukunft für Menschen in Bremen und Bremerhaven!*

Nun geht es darum weiterhin mit einer starken grünen Stimme in Brüssel und Straßburg vertreten zu sein. Deshalb bewerbe ich mich um euer Votum für die Europalistenauflistung im November. Ich bin überzeugt, die im Mai 2019 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament werden richtungsweisend für die zukünftige Ausrichtung europäischer Politik sein. Es sind die bedeutendsten Europawahlen der letzten Jahre und wir müssen jetzt alles daran setzen andere Mehrheiten im Europäischen Parlament herzustellen und weiter wachsende rechten, anti-europäischen Fraktionen verhindern.

Wir ringen um das liberale Selbstverständnis der Europäischen Union

Der EU droht das Selbstverständnis der Union liberaler Demokratien abhanden zu kommen. Souveränität der Nationalstaaten, illiberale Staaten, Union der Vaterländer – so lauten die Schlagwörter derjenigen, die versuchen Europa zu spalten. Dies ist ganz sicher kein neuer Ost/West-Konflikt, wie oft behauptet wird. Die gefährliche Überbetonung von Volkszugehörigkeiten sehen wir in vielen Regionen Europas. Nationalismus heißt die Gegenbewegung mitten in Europa. Die autoritären Lautsprecher dieser Gegenbewegung ignorieren ganz gezielt lang gewachsene Regeln der europäischen politischen Kultur. Autoritäre oder nationalistische Ideen fallen in vielen Regionen der Europäischen Union auf fruchtbaren Boden und scheinen auch in Bremen und Bremerhaven wählbare Alternativen für eine zu große Anzahl von Menschen zu sein.

Dr. Henrike Müller
geb. am 9.11.1975 in
Dessau (Sachsen-Anhalt)

Politikwissenschaftlerin
mit den Schwerpunkten
Europa- und Geschlechter-
forschung

Grünes Engagement
seit 2009 Mitglied

seither aktiv in den LAG's
„Europa, Frieden,
Internationales“;
„Frauenpolitik“; „Queer“
und „Wissenschaft“

2011-2015
Mitglied im Beirat Mitte
und Landesvorstands-
sprecherin

seit 2015
Mitglied der Bremischen
Bürgerschaft, stellv.
Fraktionsvorsitzende und
Sprecherin für Arbeit,
Wissenschaft, Europa- und
Geschlechterpolitik

Für die Grünen in.....
Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte
und Entwicklungs-
zusammenarbeit
(Vorsitzende)

Ausschuss für
Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und
Informationsfreiheit

Ausschuss für die
Gleichberechtigung der
Frau

Deputation für Arbeit,
Wirtschaft und Häfen

stellv. Mitglied im
Ausschuss der Regionen
(AdR, Brüssel)

Beirat der Landeszentrale
für politische Bildung

Sehnsucht nach Sicherheit und Bewährtem

Viele Menschen sehnen sich nach Sicherheit, Planbarkeit des eigenen Lebens und Perspektiven für ihre Kinder und Enkel. Die Anforderungen des europäischen Binnenmarktes und das Ideal der freizügigen ArbeitnehmerIn sind hoch. Nur wenige reisen mit Freude der Arbeitsstelle hinterher oder pendeln jahrelang zwischen Arbeit und Familie. Hohe Flexibilität und Mobilität sind für viele Menschen auch pure Überforderung. Familienplanung, regionale Verortung und Arbeitsplatzsicherheit sind keine unverschämten Wünsche, das sind normale Lebensvorstellungen. Brexiteers, regionale Separatisten und Nationalisten gaukeln den Menschen vor, diese Sicherheit und Planbarkeit gäbe es durch mehr Abschottung und Grenzschießung. Wir wissen, diese Antwort ist so einfach wie falsch.

Unsere Aufgaben müssen wir gemeinsam lösen

Wir müssen deshalb die Europäische Union handlungsfähiger machen, die Problemlösungsfähigkeit stärken und damit reale europäische Politik spürbar an die Menschen bringen. Die EU hat in den letzten Jahrzehnten die Lebensbedingungen vieler Menschen erheblich verbessert, dies müssen wir fortsetzen und darüber intensiver informieren. Dafür braucht es jetzt v.a. auch mehr und neue Einnahmen für den EU-Haushalt, nur so können wir in zukunftsfähige Strukturen investieren und die Regionen der EU wettbewerbsfähig halten. Wir müssen endlich die Agrarsubventionen umlenken in Zukunftspolitik, in die ökologische Landwirtschaft, in effektiven Klimaschutz und die Bekämpfung der gravierenden Jugendarbeitslosigkeit in vielen Regionen Europas. Wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion ebenso vollenden wie eine Sozialunion entwickeln. Genauso intensiv müssen wir uns um innere Sicherheit, friedensfördernde Außen- und Nachbarschaftspolitik und ein geregeltes Migrationsmanagement kümmern. Das alles geht nicht mal eben mit einem lauten Paukenschlag.

Eine starke Allianz für europäischen Zusammenhalt

Die Europäische Union funktioniert nicht, wenn sich die Mitgliedsstaaten gegenseitig übervorteilen wollen. Politische Prozesse in der EU brauchen Geduld, Durchhaltevermögen und Kompromissfähigkeit – dieser Dreiklang war von Beginn an die Grundlage jedes erfolgreichen europäischen Integrationsschrittes. Nur mit politischer Kooperation, engen wirtschaftlichen Verbindungen und grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Regionen werden wir gute Lebensbedingungen, eine gesunde Umwelt und den Erhalt eines friedlichen Kontinents schaffen können. Hierfür brauchen wir eine starke Allianz für europäischen Zusammenhalt gegen nationalen Protektionismus.

Liebe Grüne,

im Jahr 2009 bin ich in den Bremer Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen eingetreten, weil mich der Wahlkampf zu den Europawahlen zutiefst von grüner Europapolitik überzeugt. Jetzt, fast 10 Jahre später, bewerbe ich mich um euer Vertrauen, dass ich unsere grüne Europapolitik vertreten darf. Ich hoffe sehr auf Eure Unterstützung. Herzlich, Eure Henrike

Mein Engagement in Verbänden/ Vereinen

Europa-Union Bremen (ehrenamtliche Geschäftsführung seit 2001)

Beirat des EuropaPunktBremen

Bremer Europa-Zentrum e.V.

Kuratorium Freiheit für die Westsahara e.V.

Aufsichtsrat des Soziales Friedensdienstes (SfD)

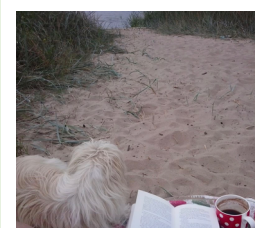
Fördermitglied Pro Asyl

Fördermitglied Adopt a Revolution

Naturfreunde Harriersand e.V.

Meine Freizeit...

...wird bestimmt von der charmanten Ella. Meist sind wir mit dem Fahrrad an der Weser unterwegs oder wir verbringen die wärmeren Monaten auf der schönsten Weserinsel Harriersand. Hier finden wir beide die pure Entspannung: Ella erkundet die autofreie Umgebung und ich lese mal in Ruhe ein gutes Buch. Wundervoll!



B1 Keerthi Kulanayagam

Tagesordnungspunkt: 5. Nominierung der Kandidat*innen zur Listenaufstellung zur Europawahl 2019

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte gerne für die Europaparlamentswahl 2019 kandidieren.

Seit 18 Jahren kämpfe ich für die Gerechtigkeit.

In Europa haben wir zunehmende Arbeitslosigkeit. Eine Folge davon ist zunehmender Rechtsextremismus in Europa, z.B. in Deutschland, Österreich, Frankreich, Ungarn und Italien.

Jedes EU-Land sollte 50% seines Konsums selber produzieren. Dann kann man die Arbeitslosigkeit senken.

Das Europaparlament hat noch ein Problem. Es fehlt eine gemeinsame Außenpolitik.

Die EU leidet unter einer Wirtschaftskrise. Ein paar Firmen haben das Monopol.

Europa schickt Agrarprodukte in afrikanische Länder und importiert Flüchtlinge. Die junge afrikanische Generation hat keine Perspektive.

Menschen in Afrika leben in Ländern mit großen Bodenschätzen, aber die EU unterstützt eine korrupte afrikanische Politik.

Die EU sollte geopolitisch mit den Nachbarkontinenten umgehen, z.B. Afrika und Zentralasien.

Bitte nicht China die Verantwortung überlassen: Die EU sollte Afrika und Zentralasien wirtschaftlich, sozial, bei der Bildung und dem Technologietransfer unterstützen. Dort sollte man gut investieren, z.B. in Bio-Landwirtschaft und Bildung, um den Menschen Chancen zu geben.

Um unseren Bremer Schuldenberg zu reduzieren, kann die EU auch helfen.

Ich bin dafür, dass die EU eine gemeinsame Sicherheitspolitik haben sollte. Eine stärkere EU bedeutet ein stärkeres Deutschland um ein Gleichgewicht mit den USA zu halten.

Wir brauchen eine kluge Politik mit Russland. Einerseits verteidigen, andererseits bei gemeinsamen Interessen kooperieren.

Mit diesen Gedanken will ich ins EU-Parlament eintreten.

Ich bitte um Eure Unterstützung. Vielen Dank.

Euer Keerthi



Über mich:

Keerthi Kulanayagam

Dipl.-Ing.(FH) Elektrotechnik

Seit 2000 Mitglied bei den Grünen

Bis jetzt engagierte ich mich in: Bildung, Arbeit, Umwelt und Flüchtlingsintegration.

A handwritten signature in blue ink, reading "Keerthi Kulanayagam", with a horizontal line underneath the name.

B5 Nima Pirooznia

Tagesordnungspunkt: 5. Nominierung der Kandidat*innen zur
Listenaufstellung zur Europawahl 2019

PDF

Europawahl 2019: Bewerbung um ein Votum des LV Bremen

Liebe Freundinnen und Freunde,

nicht nur in Deutschland wird uns fast täglich vor Augen geführt, dass sich der politische Diskurs deutlich nach rechts verschoben hat. Und diese Entwicklung startete nicht erst vor zwei Jahren im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise und den damit verbundenen Herausforderungen der Zuwanderung. Nein, viel mehr mussten wir bereits 2014 zu den Wahlen des aktuellen Europaparlaments ein europaweites erstarken rechtspopulistischer Parteien feststellen. Dieser Trend könnte sich zu den Europaparlamentswahlen 2019 deutlich verstärken und damit zu einer Gefahr für die Grundwerte der Europäischen Union werden. Diese Entwicklungen kann und will ich nicht akzeptieren, daher möchte ich mich gemeinsam mit euch für ein starkes Grünes Wahlergebnis einsetzen, denn auch in Europa macht Grün den Unterschied!

Gerade die Themenfelder der Flüchtlings- und Migrationspolitik sind mir eine Herzensangelegenheit: meine Eltern sind nach Deutschland geflohen, um meiner Schwester und mir ein Leben in einer gleichberechtigten und freien Gesellschaft zu ermöglichen. Meiner Familie ist es geglückt zu fliehen. Doch wie viele Menschen ist die Flucht nicht gelungen? Es sind mittlerweile fünf Jahre vergangen seitdem die schrecklichen Bilder toter Menschen an der Küste von Lampedusa uns bestürzt haben, doch was ist seitdem geschehen? Haben wir ein europäisches Einwanderungsgesetz? Wurde Frontex aufgelöst und durch eine Agentur für Seenotrettung ausgetauscht? Nein, es gibt also (nach fünf Jahren immer) noch genug zu tun in diesen Politikfeldern.

Als Volks- und Betriebswirt möchte ich mich für eine europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik einsetzen, welche die Transformation unserer Wirtschaft hin zu einer CO₂armen, klimafreundlichen und ökologischen Produktionsweise unterstützt. Ich möchte mich für eine solidarische Ökonomie einsetzen, in der ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung gefördert werden, bei denen der Gebrauch statt des Besitzes im Vordergrund steht. Ich möchte mich für eine europäische Wirtschaftspolitik stark machen, welche die Steigerung unserer Lebensqualität also die Erhöhung des Gemeinwohls zum Hauptziel erklärt und damit der sozialen Spaltung innerhalb Europas entgegenwirkt.

Ich war Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschafts- und Finanzpolitik und durfte als Beirat, Deputierter, Mitglied des Bremer Landesvorstands sowie als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft unterschiedliche Erfahrung in der politischen Arbeit sammeln. Vor diesem Hintergrund möchte ich um Euer Vertrauen werben und mich um ein Votum des Landesverbands Bremen für die Europalisten aufstellung auf Bundesebene bewerben.

Euer

Nima Pirooznia
(KV MÖV)



geboren am 06.12.1981 in Teheran

Mobil:

0170-3410780

E-Mail:

nima.pirooznia@gruene-bremen.de

Ausbildung und Beruf

- Seit 2016 Leiter Organisationsentwicklung
- Seit 2011 Dozent an der Hochschule Bremen im Fachbereich „Wirtschaftswissenschaften“
- 2008 – 2010 abgeschlossenes Studium im Masterstudiengang Business Management (M.A.) in Bremen
- 2002 – 2007 abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre

Grünes Engagement

- Seit 2017 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
- 2013-2017 Mitglied im Landesvorstand
- 2011-2015 Mitglied der Deputation Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- 2011-2013 Mitglied des Beirats Findorff
- 2011-2016 Sprecher der LAG Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Mitglied der LAG Migration, Gesundheit
- Seit 2005 grünes Mitglied

B2 Ingo Koopmann

Tagesordnungspunkt: 7. Nachwahl einer Landesvorstandssprecherin/eines Landesvorstandssprechers

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,
als erstes möchte ich mich Euch vorstellen:

Ich bin 53 Jahre alt, bin in Lingen/Ems aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich lebe seit 18 Jahren in Bremen, vorher habe ich 17 Jahre in Berlin gelebt und dort unter anderem studiert und einen Abschluss als Diplom-Ingenieur gemacht. Ich bin verheiratet und habe einen dreijährigen Sohn.

Seit Juni 1989 bin ich Mitglied dieser Partei und habe in Berlin-Kreuzberg bis zum Jahr 2000 aktiv Politik gemacht. Danach war ich aktiv als einfaches Mitglied bis 2003 in der östlichen Vorstadt.

In folgenden Vereinen bin ich Mitglied:

Verein zum Erhalt der großen Hafentrundfahrt MS Friedrich e. V.
Bremen

Kleingärtnerverein Kornblume e. V.

Jugendkutterwerk Bremen e. V.

Bei Plan International Deutschland e. V. habe ich eine Patenschaft für ein Mädchen aus Burkina Faso.

Und ich bin Mitglied bei der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

Ich bin seit über zehn Jahren selbstständig und Inhaber der Marke Scharfrichter und arbeite zur Zeit als Angestellter bei der Karstadt Feinkost GmbH.

Ich bin ein erfahrener politisch denkender Mensch, der in den 1990er Jahren Wahlkampf für die Berliner Grünen gemacht hat und für die Bundespartei an Hochschulen in den neuen Bundesländern und für die neuen Bundesländer vor Ort Informationsstände organisiert und durchgeführt hat.

Warum kandidiere ich jetzt für den Sprecherposten?

Wir Grüne im Land Bremen stehen im nächsten Jahr vor großen Herausforderungen, es gilt einen Wahlkampf zu organisieren, der anders sein wird als die letzten drei, denn unser Ziel wird es sein, dass eine Regierungsbildung nur mit uns möglich sein darf. Denn Rot/Grün ist kein Selbstläufer mehr. Die SPD schwächelt mit einem eher farblosen Bürgermeister und die CDU hofft, Ihre Außenwirkung mit einem externen Kandidaten zu stärken.



Deshalb gilt es unsere Stärken zu zeigen, um verlorene Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. In dem wir die Themen in den Vordergrund stellen, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind. Diese sind meines Erachtens Bildung/Schule/Kita und die Wohnungsbaupolitik.

Klare Kante gegen die rechten Parteien zeigen und ihre demagogische Propaganda zu entlarven als das was sie ist, fremdenfeindlich und rassistisch. Diesen Parteien müssen wir radikal mit gesicherten Fakten entgegentreten, damit die „besorgten Bürger“ diesen nicht auf den Leim gehen.

Unsere Kernkompetenzen in der Umweltpolitik haben einen hohen Stellenwert, der unseren Wählerinnen und Wählern auch dann bewusst ist, wenn diese nicht an erster Stelle stehen.

Diese werden immer mit uns Grünen in Verbindung gebracht.

Was wir Grüne aus meiner Sicht nicht brauchen ist einen Übergangskandidaten für den Sprecherposten des Landesvorstandes, denn nach der Wahl im nächsten Jahr wird es turbulente Zeiten geben. Koalitionsverhandlungen, die erst nach den Sommerferien anfangen werden, weil eine am Boden zerstörte (und verstörte) SPD mit sich selbst beschäftigt sein wird. Und eine Linke, die vor Kraft nicht laufen kann. Da ist es wichtig, dass wir nicht mit uns selbst beschäftigt sein werden.

Nichtsdestotrotz will ich für Euch und mit Euch dafür kämpfen, dass es eine rot/grüne Mehrheit mit möglichst starken Grünen gibt.

Herzliche Grüße

Ingo Koopmann

B3 Dr. Hermann Kuhn

Tagesordnungspunkt: 7. Nachwahl einer Landesvorstandssprecherin/eines Landesvorstandssprechers

Selbstvorstellung

Liebe Grüne,

ich bewerbe mich für das Amt eines Sprechers des Landesvorstands.

Ich bin 1945 geboren; bin im Ruhestand, aber aktiv, auch in verschiedenen Ehrenämtern. Und mit meinen Enkelkindern.

Ich war 20 Jahre Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, von 1991 bis 2015, mit einer vierjährigen Auszeit. In dieser Zeit habe ich grüne Politik gemacht in den Bereichen Wissenschaft, Medien, Verfassung, Justiz, Europa sowie Haushalt und Finanzen. Acht Jahre habe ich das Land Bremen im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union vertreten, war dort Koordinator für Umwelt- und Energiepolitik. Von 2011 bis 2013 war ich schon einmal Sprecher der Bremer Grünen, bin dann aus Gesundheitsgründen nicht wieder angetreten.

Ehrenamtlich bin ich als Landesvorsitzender der Europa-Union Bremen und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser tätig, gegenwärtig auch in den Bundesgremien der beiden Vereine. Im Rundfunkrat von Radio Bremen vertrete ich unsere Partei und bin von dort in den ARD-Programmbeirat entsandt. Diese ehrenamtlichen Aufgaben will ich auch im Falle meiner Wahl fortsetzen, denn wir Grünen müssen in der Zivilgesellschaft verankert bleiben.

Ich bewerbe mich, weil ich überzeugt bin, dass die Lücke im Landesvorstand, die durch den bedauerlichen Rücktritt von Ralph Saxe entstanden ist, so rasch wie möglich geschlossen werden muss. Wir brauchen alle Kräfte für die Konsolidierung der Partei und für die Vorbereitung auf die Wahlen in Bremen und Europa. Ich möchte an einem selbstbewussten und eigenständigen Wahlkampf mitwirken, in dem wir mit unseren Antworten und Vorschlägen überzeugen. Und mit der Bilanz unserer Regierungsarbeit: Wir können Menschenrechte und Demokratie, Aufnahme und Integration, europäischen Zusammenhalt, Umwelt- und Klimaschutz und nachhaltige Finanzpolitik.

Für diese großen Aufgaben möchte ich meine Erfahrung und meine Leidenschaft einbringen. Ich sehe meine Kandidatur als einen Übergang, befristet bis zur nächsten regulären Vorstandswahl im Herbst 2019. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen.



kk

A3NEU Fairnesskodex zur Listenvorstellung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.08.2018

Tagesordnungspunkt: 8. Fairnesskodex zum Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2019

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Alle Kandidat*innen, die sich für die Listenaufstellung bewerben, sollen sich im
3 Rahmen ihrer Bewerbung per Unterschrift auf nachfolgend aufgeführten
4 Fairnesskodex verpflichten.

5 Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf Basis des Wahlkampfkonzeptes einen
6 konkreten Rahmen für die einzelnen Wahlkampfaktivitäten vorzugeben. Falls eine
7 Wahlkampfkommission oder ein anderes für den Wahlkampf zuständiges Gremium
8 gebildet wird, ist dieses Gremium bei der Erstellung der Vorgaben zu beteiligen.
9 Der Landesvorstand wird außerdem dazu aufgefordert, eine mit drei Personen zu
10 besetzende Fairnesskommission zu bilden.

11 Die Fairnesskommission hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Fairnessregeln
12 zu wachen. Bei Hinweisen auf Verstöße gegen die Fairnessregeln holt sie umgehend
13 Stellungnahmen der betroffenen Kandidierenden ein und wirkt bei Verstößen
14 vermittelnd auf eine Rückkehr zu fairem Verhalten ein.

15 Die Fairnesskommission erstellt noch vor dem Wahltag einen Zwischenbericht sowie
16 nach der Wahl einen Abschlussbericht über die von ihr gemachten Erfahrungen. Die
17 Berichte sind mitgliederöffentlich zu machen und enthalten die Anzahl der
18 gemeldeten Verstöße, Beschreibungen der Verstöße, die Stellungnahmen der
19 betroffenen Kandidierenden sowie Bewertungen der Fairnesskommission. Soweit eine
20 Bewertung der Kommission nicht einstimmig erfolgt, ist das Stimmenverhältnis
21 anzugeben; die Abgabe von abweichenden Voten durch einzelne oder mehrere
22 Mitglieder der Kommission ist zulässig.

23 **Fairness-Kodex – Bürgerschaftswahl Bremen 2019**

24 *Wir Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nennen uns nicht Kolleginnen oder*
25 *Kollegen, auch nicht Genossinnen oder Genossen, wir sehen uns als Freundinnen*
26 *und Freunde. Und diesem Anspruch an den Umgang miteinander wollen wir auch im*
27 *anstehenden Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaftswahl 2019 gerecht werden. [Bei*
28 *Bewerber*innen, die nicht Mitglied der Grünen sind, entfällt dieser Absatz.]*

29 *Als Bewerber*in für die grüne Wahlbereichsliste zur Bürgerschaftswahl erkläre*
30 *ich, dass ich einen fairen und anständigen Wahlkampf führen werde.*

31 *Das bedeutet, dass ich den vom Landesvorstand vorgegebenen Rahmen zum Wahlkampf*
32 *achten und einhalten werde. Dies umfasst insbesondere die Aspekte Wahlplakate,*
33 *Pressearbeit inkl. Social Media, Wahlkampf-Material, Wahlkampftermine inkl.*
34 *Haustürwahlkampf und Veranstaltungen.*

35 *Auch im eigenen Personenwahlkampf kämpfe ich ebenso für ein gemeinsames und*
36 *insgesamt erfolgreiches grünes Ergebnis. Ich halte mich dafür an Absprachen mit*
37 *dem für den Wahlkampf zuständigen Gremium und koordiniere meine eigenen*
38 *Aktivitäten mit der Landesgeschäftsstelle.*

39 *Ich unterstütze die Arbeit der Fairnesskommission. Im Problemfall wende ich mich*
40 *an sie für eine gemeinsame schlichtende Problemlösung.*

41 *Mir ist bekannt, dass die Unterzeichnung dieses Fairness-Kodex freiwillig*
42 *erfolgt und keine Voraussetzung ist, um auf der Aufstellungsversammlung für*
43 *einen Platz auf der Wahlbereichsliste kandidieren zu können und gewählt zu*
44 *werden.*

45 *Mit meiner Unterschrift stelle ich mich hinter einen gemeinsamen und fairen*
46 *grünen Wahlkampf.*

47 _____
48 *Vorname Nachname*

49 _____
50 *Unterschrift*

Begründung

Die Landesmitgliederversammlung hat am 18.06.2018 aufgrund der Erfahrungen aus der letzten Bürgerschaftswahl folgenden Beschluss gefasst:

*Alle Kandidat*innen werden vor der Listenaufstellung per Unterschrift auf einen Fairnesskodex verpflichtet. Der Landesvorstand wird einen Vorschlag zum Fairnesskodex auf der nächsten Landesmitgliederversammlung zur Abstimmung stellen. Der Vorschlag soll ebenfalls regeln, wie mit Kandidierenden umzugehen ist, die dagegen verstoßen.*

Der Landesvorstand hat sich in der Erarbeitung dieses Vorschlages mit den Ergebnissen der AG Struktur auseinandergesetzt und auch die Erfahrungsberichte aus der Landesgeschäftsstelle in die Erwägungen einfließen lassen.

Wir wollen uns nicht schon heute durch konkrete Vorgaben in einem Fairnesskodex einen Rahmen für die Wahlkampagne auferlegen. Das Vorgehen soll daher zweistufig angelegt sein. Die Bewerber*innen verpflichten sich im ersten Schritt mit ihrer Bewerbung um einen Listenplatz zu einem fairen Verhalten. Dies ist für uns in erster Linie eine Frage von Haltung, Werten und Commitment und die zentrale Basis für einen fairen Wahlkampf.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir dann unter Berücksichtigung des Wahlkampfkonzeptes konkrete Vorgaben, wie z.B. die Anzahl der Plakate definieren.

Wir, der Landesvorstand, möchten an dieser Stelle aber hervorheben, dass wir sehr wohl wissen, dass die allermeisten Kandidat*innen einen solchen Fairnesskodex bereits in ihrem Herzen tragen. Diese Kandidat*innen unterstützen wir gerade durch die Festschreibung eines Fairnesskodex für alle.

A4 Vorschlag zur Besetzung der beratenden Runde

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.08.2018

Tagesordnungspunkt: 9. Wahl der beratenden Runde zur Listenaufstellung zur Bürgerschaftswahl 2019

1 Der Landesvorstand schlägt vor die am 18.06. von der Landesmitgliederversammlung
2 beschlossene beratende Runde, welche die Kandidierenden im Vorfeld über die
3 Aufgaben und Anforderungen eines Mandats berät, mit folgenden Personen zu
4 besetzen:

5 • Doris Hoch

6 • Thomas Kollande-Emigholz

7 • Anthin Simon

Begründung

Erfolgt Mündlich

A5 Schadstoffarme Dienstwagen

Antragsteller*in: KV-Nordost
Beschlussdatum: 17.08.2018
Tagesordnungspunkt: 10. Verschiedenes

- 1 Die LMV fordert den Landesvorstand auf, sich gegenüber Bürgerschaftsfraktion und
- 2 Senat dafür einzusetzen, dass im Zuge der unumgänglichen Mobilitätswende zur
- 3 Reduzierung der Schadstoffemissionen der Dienstwagen von Behörden und
- 4 städtischen Betrieben zukünftig nur noch emissionsarme Fahrzeuge eingesetzt
- 5 werden.

Begründung

Nachdem die deutsche Umwelthilfe der Dienstwagenflotte bescheinigt hat, dass die Dienstwagen des Bremer Senats im Ländervergleich im Schnitt den geringsten CO₂- Ausstoß haben, gilt es an diesem Ergebnis anzuknüpfen und Umweltbelastungen durch die Dienstfahrten der Mitglieder der Landesregierung zu minimieren. Dazu ist, neben der Nutzung alternativer Beförderungsmöglichkeiten, wie z.B. Carsharing, dafür zu sorgen, dass bei der Neuanschaffung von Kraftwagen die Schadstoffemissionen und der Kraftstoffverbrauch werden. Als Mindeststandart sollen nur noch Fahrzeuge mit Hybrid oder Elektroantrieb verwendet werden.